



Detailansicht des Registereintrags

Romero Initiative e.V.

Aktuell seit 08.07.2026 11:26:42

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R007366
Ersteintrag:	09.05.2025
Letzte Änderung:	08.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	08.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Romero Initiative e.V. Schillerstraße 44a 48155 Münster Deutschland Telefonnummer: +492516744130 E-Mail-Adressen: cir@ci-romero.de Webseiten: https://www.ci-romero.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Thomas Bröcheler**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Georg Knipping**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
3. **Albrecht Schwarzkopf**
Funktion: Vorstandsmitglied
4. **Hans Koberstein**
Funktion: Vorstandsmitglied
5. **Dietrich Weinbrenner**
Funktion: Vorstandsmitglied
6. **Natalie Hohmann**
Funktion: Vorstandsmitglied
7. **Canan Barski**
Funktion: Vorstandsmitglied
8. **Isabell Ullrich**
Funktion: Vorstandsmitglied
9. **Ursula Hannay**
Funktion: Vorstandsmitglied
10. **Charlotte Gengenbach**
Funktion: Vorstandsmitglied
11. **Sabine Broscheit**
Funktion: Vorstandsmitglied

Betaute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. **Dominik Groß**
2. **Anne Sträßer**
3. **Christian Wimberger**
4. **Merle Kamppeter**
5. **Sandra Dusch Silva**
6. **Theresa Haschke**

Gesamtzahl der Mitglieder:

75 Mitglieder am 30.06.2026, davon:

74 natürliche Personen

1 juristische Person, Personengesellschaft oder sonstige Organisation

Mitgliedschaften (14):

1. Fairtrade Deutschland e.V.
2. VENRO Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
3. Initiative Lieferkettengesetz
4. CORA - Corporate Accountability
5. Meine Landwirtschaft
6. Runder Tisch Zentralamerika
7. Initiative Faire Preise in der Lebensmittellieferkette; IniFair
8. Attac Trägerverein e.V.
9. AK Rohstoffe
10. Bündnis für öko-soziale Beschaffung in NRW
11. Kampagne für Saubere Kleidung
12. Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag
13. Erlassjahr
14. Fair Toys Organisation e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Menschenrechte; Außenwirtschaft; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Lebens- und Genussmittelindustrie; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Artenschutz /Biodiversität; Klimaschutz; Handel und Dienstleistungen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Direkte Kontaktaufnahme mit politischen Entscheidungsträgern, um Anliegen und Forderungen zu präsentieren.

Teilnahme an öffentlichen Anhörungen und Konsultationen, um Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse zu nehmen.

Organisation von Veranstaltungen wie Konferenzen und Workshops, um politische Themen zu diskutieren und zu fördern.

Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien wie Berichte und Studien, die politische Positionen unterstützen.

Koordination von Kampagnen und Aktionen, um öffentliche Aufmerksamkeit für bestimmte Themen zu erzeugen und politischen Druck aufzubauen.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Ambitionierte Umsetzung der EU-Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (CSDDD)

Beschreibung:

Die CSDDD regelt menschenrechtliche, umwelt- und klimabezogene Sorgfaltspflichten von Unternehmen. Ziel der Interessenvertretung ist es, dass bei der Umsetzung in nationales Recht die Aspekte, die aus menschenrechtlicher und ökologischer Sicht einen Fortschritt gegenüber dem in Deutschland bereits geltenden Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) darstellen, ambitioniert umgesetzt werden, ohne dass es bei anderen Bestimmungen zur Abschwächung des LkSG kommt.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]

2. Menschenrechts-, umwelt- und klimabezogene Reform des Vergaberechts

Beschreibung:

Bei der aktuellen Reform des Vergaberechts setzt sich die Romero Initiative für die Aufnahme von menschenrechts-, umwelt- und klimabezogenen Kriterien ein. Dafür sind u. a. nötig: eine umfassende Definition von Nachhaltigkeit; verpflichtende Vorgaben per Gesetz; konkrete Ziele, Stufenpläne und Monitoring für sensible Produktgruppen; Unterstützungsangebote und Standardisierung.

Die Romero Initiative hat sich für diese Ziele bereits im Prozess des "Vergabetransformationspakets" (BT Drucksache 20/14344) eingesetzt und nun zum Gesetzesvorschlag des "Vergabebeschleunigungsgesetz" wieder aufgenommen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2504040031 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 08.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

2. SG2607020060 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

3. Textilgesetze wie beispielsweise die erweiterte Herstellerverantwortung für Textilien

Beschreibung:

Als Menschenrechtsorganisation setzt sich die CIR für würdige Arbeitsbedingungen im Textilsektor ein. Bei Regelungsvorhaben wie der erweiterten Herstellerverantwortung für Textilien fordert sie, dass neben der Verbesserung von ökologischen Aspekten auch Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern miteinbezogen werden. Dies umfasst die Sicherstellung existenzsichernder Löhne, die Einhaltung von Arbeitsschutzstandards, das Verbot von Diskriminierung, Zwangs- und Kinderarbeit sowie die Respektierung des Rechts auf Gewerkschaftsfreiheit und Kollektivverhandlungen. Die CIR fordert Textilunternehmen und Politik dazu auf, Menschenrechte in der gesamten Lieferkette zu achten und Produktion unter ökologischen Auflagen durchzuführen.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu];
Menschenrechte [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607020054 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

4. EU-Verordnung zum Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit (Forced Labour Regulation)

Beschreibung:

Die CIR setzt sich für die wirksame Umsetzung der EU-Verordnung zum Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit ein. Ziel der Verordnung ist es, das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Produkten auf dem EU-Markt zu untersagen, wenn diese ganz oder teilweise unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden.

Die CIR fordert eine konsequente und risikobasierte Durchsetzung entlang globaler Lieferketten sowie klare Verantwortlichkeiten für Unternehmen und Behörden. Besonders wichtig ist die Vermeidung von Zwangsarbeit durch wirksame Präventions- und Kontrollmechanismen sowie der Schutz der Arbeiter*innen.

Die CIR setzt sich für eine kohärente Verknüpfung mit bestehenden menschenrechtlichen Sorgfaltspflichtenregelungen ein, um regulatorische Lücken in globalen Lieferketten zu schließen.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

5. EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (UTP-Richtlinie)

Beschreibung:

Ziel der Richtlinie ist es, insbesondere kleinere Produzent*innen und Lieferant*innen vor unfairen Einkaufs- und Vertragspraktiken stärkerer Marktakteure zu schützen. Die CIR fordert eine wirksame Durchsetzung der bestehenden Regelungen, um Machtungleichgewichte in globalen und europäischen Lieferketten zu reduzieren und ausbeuterische Praktiken zu verhindern. Dazu gehört insbesondere der Schutz vor unfairen Zahlungsbedingungen, einseitigen Vertragsänderungen sowie weiteren Praktiken, die zu Preisdruck und indirekter Ausbeutung entlang der Wertschöpfungskette führen können. Aus menschenrechtlicher Perspektive betont die CIR die Notwendigkeit, faire Handelsbeziehungen als Bestandteil sozial nachhaltiger Lieferkettenpolitik zu stärken.

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Land- und Forstwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Lebens- und Genussmittelindustrie [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607030018 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
(BMLEH) [\[alle SG dorthin\]](#)

6. BMZ-Aktionsplan "Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit"

Beschreibung:

Mit dem Aktionsplan „Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit“ geht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einen deutlichen Schritt in Richtung engerer Einbindung deutscher Unternehmen in die entwicklungspolitische Arbeit und öffnet sich einer strategischen Ausrichtung an deutschen Wirtschaftsinteressen, unter anderem mit dem Ziel, Märkte zu erschließen und die Versorgung mit sogenannten kritischen und strategischen Rohstoffen zu sichern. Wir fürchten, dass diese zunehmende Ausrichtung des Ministeriums an deutschen Unternehmensinteressen eine folgeschwere Vernachlässigung seiner Kernaufgaben und eine Marginalisierung der Anliegen der lokalen Bevölkerung in den Zielländern und der globalen Zivilgesellschaft mit sich bringt.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607030024** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. **Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bonn

Betrag: 3.790.001 bis 3.800.000 Euro
Projektarbeit in Mittelamerika

2. Europäische Union

Europäische Union
Brüssel

Betrag: 4.450.001 bis 4.460.000 Euro
Kampagnenarbeit in der EU

3. Stiftung Umwelt und Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bonn

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro
Kampagnenarbeit in Deutschland

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

670.001 bis 680.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[209159-JA-Pruefungsbericht-WP-2024.pdf](#)